

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales

Frau  
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 18.01.2016

**AN/0152/2016**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	25.01.2016

**Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen  
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

**Beschluss:**

Als Sofortmaßnahme wird die Verwaltung beauftragt, unverzüglich die im Rahmen des Konzeptes „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ vorgesehenen weiteren 60 Planstellen zu besetzen.

**Begründung:**

Aufgrund der ungeheuerlichen Geschehnisse der Silvesternacht werden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Maßnahmen diskutiert und erste Konsequenzen gezogen. Die SPD-Fraktion begrüßt in diesem Zusammenhang das von der Landesregierung beschlossene Maßnahmenpaket für mehr innere Sicherheit und bessere Integration vor Ort. Auch die kommunale Ebene muss mehr Verantwortung für die Sicherheit ihres öffentlichen Raumes übernehmen. Deshalb fordert die SPD-Fraktion als Sofortmaßnahme die unverzügliche Besetzung der im vergangenen Jahr vorgesehenen Stellen zur Verstärkung des Ordnungsdienstes.

Am 23.06.2015 hatte der Rat im Rahmen des Stellenplans das o.g. Konzept beschlossen. Hierdurch wurde zur Verstärkung des Ordnungsdienstes der Bereich um insgesamt 100 Stellen aufgestockt. In einem ersten Schritt wurden im vergangenen Jahr 40 Stellen zugesetzt. In einem zweiten Schritt sollen weitere 30 Planstellen zum 01.10.2016 besetzt werden. Die übrigen 30 Planstellen wurden zunächst bis zum 31.12.2017 gesperrt. Hier sollte zunächst eine Evaluierung und Auswertung der Zielerreichung vorgenommen werden. Die Ereignisse in der Silvesternacht zeigen den dringenden Bedarf für die Kräfte, so dass das Besetzungsverfahren zu beschleunigen und vorzuziehen ist. Weitere kommunalpolitische Maßnahmen werden nach der lückenlosen Aufklärung der Geschehnisse ergriffen.

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin